



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

285 (23.6.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-368935](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-368935)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Bezugspreise: Einzelheft monatl. RM. 2,70 einjährl. Trägersgeld, in anderen Bezugsstellen abgeholt RM. 2,30, dazu die Post RM. 2,70 einjährl. 60 Pf. Postf. - Geb. Gegen 70 Pf. Beleggeld. Abholstellen: Waldstr. 12, Kronprinzenstr. 12, Schwepingerstr. 14, Herfstr. 14, No. Friedrichstr. 4, Poststr. 12, W. Oppauer Str. 4, 86, Lullstr. 1. - Geschäftsverwalter: v. d. Hagen 13 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Druckerei: N. 1, 4-4. - Fernsprecher: Sammelnummer 249 51. Postfach-Konto: Karlsruhe Nummer 175 90. - Telegramm-Adresse: Remazeit Mannheim

Anzeigenpreise: Im Einzelheft RM. 40 die 20 mm breite Zeile, 10 mal; im Blatt RM. 2,50 die 70 mm breite Zeile, für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen besonders Preise. Abent nach Tarif. - Anzeigenabgabe: 10%. - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Tagen und für besondere Aufträge keine Gewähr. - Geschäftsstand Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Donnerstag, 23. Juni 1932

143. Jahrgang - Nr. 285

Vorläufig keine Einigung mit den Ländern

Die Länder bestehen auf ihren polizeilichen Hoheitsrechten - Voraussichtlich Aufhebung aller Uniformverbote durch Notverordnung

Ein Schweigegebot v. Gaus

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 23. Juni.

Die Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin hat von 11 bis nach 15 Uhr gelagert, und man hat sich auf die obige Mitteilung beschränkt, ein Beweis dafür, daß die Unterhandlung sehr schwierig, sehr lebhaft und wohl auch nicht immer gerade sehr angenehm ist, oder, wie man an den ungeduldrigen Seiten des Reiches etwas diplomatischer zu ausdrücken, „lebenslang und offen“. Herr von Gaus hat, so wird uns erzählt, den Vertretern der Einzelstaaten ein ausdrückliches Schweigegebot über den Inhalt der Unterredung auferlegt. Wir möchten - offen gesagt - nicht nur dem Erfolg, sondern auch die Zweckmäßigkeit einer solchen Weisung bezweifeln.

Die Konferenz, mit der der Reichsinnenminister die Diskussion einleitete, ging, wie wir aus gut unterrichteten Kreisen hören, sehr in Details.

Herr von Gaus hat hervorgehoben, daß es für das Ansehen des Reichskabinetts wie aber auch des Reichspräsidenten unerträglich sei, den augenblicklichen Zustand fortzubekleben zu lassen.

Es ginge nicht an, daß die Länder - wie sie im einzelnen ihre Maßnahmen begründeten, ob sie zu Recht oder Unrecht erfolgten, sei nicht einmal das Aufzählende - Notverordnungen des Reiches zu einem Teil wieder außer Kraft setzen. Wenn die Länder nicht in letzter Stunde zum Einlenken sich bereit finden wollten, bliebe nichts anderes übrig als

durch eine neue Notverordnung in allen Streitfragen eine allgemein verbindliche reichsrechtliche Regelung herbeizuführen.

Wies in allem Hinsicht die unsere Vermutung oder sogar die unsere Behauptung bestätigt zu haben, daß Herr von Gaus die ursprünglich verfolgte kompromißfreundliche Note aufgegeben hat und „auf Ganges“ gegangen ist.

Die Länder

Weder auf seine Vorbehalten natürlich ihre Aufstellungen zu berücksichtigen und zu begründen scheint und sich dabei auf die in ihre Hände gelangte Vollstreckung und die daraus sich ergebende Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit berufen, eine Verantwortung, die ausschließlich sie und nicht das Reich zu tragen hätten. Wie es heißt, soll sich besonders entschieden der württembergische Staatspräsident Dr. Bois haben vernehmen lassen. Ihm, der an den Differenzen mit der Reichsregierung selbst nicht direkt beteiligt ist, ging es um die prinzipielle Seite der Angelegenheit.

Die sehr ersten Zusammenhänge

Die im Verlauf der Verhandlungen sechs Stunden sich ereigneten, wies sich weniger zwischen den süddeutschen Ländern und dem Reichsinnenminister, als vielmehr zwischen ihm und dem nationalsozialistischen Ministerialrat Dr. Gaus, die zuletzt einige der kleineren Länder vertritt. Die Nationalsozialisten haben auch in diesem Stadium noch einmal ihre Forderung erhoben, daß sie auf die bedingungslose Aufhebung des Uniformverbots nicht verzichten könnten.

Da einigen vermochte man sich nicht

Die Länder haben die Vorschläge des Reichsinnenministers, die in der Hauptsache das Uniformverbot und die Bestimmungen über Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel angehen, mit nach Gaus genommen und werden erst nach unabhängiger Aussprache mit ihren Regierungen in den nächsten Tagen dem Reichskabinett die endgültige Antwort erteilen. Es handelt sich hierbei vornehmlich um Bayern, Baden und Preußen. Wir müssen annehmen, daß diese Länder freiwillig dem Verlangen des Reiches sich nicht fügen, daß sie aber der am wenigsten neuen Notverordnung sich unterwerfen könnten. Mit der Art würden sie mit aller Deutlichkeit an demonstrieren, daß die unannehmliche Konsens einer weiteren und härteren Gewährung des öffentlichen Lebens, die die süddeutschen Länder und Preußen von der Befreiung des Uniform- und Demonstrationenverbots befreiten, allein dem Reich zur Verfügung steht.

Die neue Notverordnung, an deren Erscheinen nach diesem Stand der Dinge kaum mehr zu zweifeln ist, wird die generelle Aufhebung dieser beiden Verbote bringen.

Überraschungen im Preußen-Landtag

Zwei Nationalsozialisten und ein Deutschnationaler im Präsidium

Ausschaltung der SPD.

□ Berlin, 23. Juni.

Der Preussische Landtag führte heute nachmittags die endgültigen Wahlen für das Landtagspräsidium durch. Der bisherige preussische Landtagspräsident Kerl wurde mit 107 Stimmen der Reichsparteien gegen 99 kommunistische Stimmen und 91 sozialdemokratische endgültig gewählt. 64 Zentrumsdemokratische hatten Stimmhaltung geübt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Deutschnationale Dr. v. Kries mit 182 Stimmen gegen Wittmoos (Soj.) mit 174 Stimmen gewählt. Der Zentrumsdemokrat v. Baumholf erhielt bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten 184 Stimmen gegen die kommunistische Stimmen. 118 Stimmzettel der Nationalsozialisten waren unbeschädigt. Als zum dritten Vizepräsidenten der Nationalsozialist Haake vorgeschlagen wurde, verließen die Sozialdemokraten und das Zentrum den Sitzungssaal. Haake wurde dann mit 189 Stimmen gewählt, während auf Haaker diesmal nur 10 Stimmen entfielen.

Der preussische Landtag hat damit sein endgültiges Präsidium, das in seiner Zusammensetzung freundschaftlich mit dem überestimmt, das vor genau vier Wochen als Provisorium gewählt wurde. Die Nationalsozialisten hatten die Annahmestellung der Reichspräsidentenwahl, die ursprünglich ebenfalls geltend gemacht werden sollte, beabsichtigt von der Wiederwahl des Landtagspräsidenten Kerl abhängig gemacht. Dieser Forderung aber wollte sich das Zentrum und Preußenspräsidenten nur bedingt fügen. In einer Note an die Nationalsozialisten erklärte daher die Zentrumspartei, sie könne nach der heutigen Wahl, die sie in letzter Zeit von nationalsozialistischer Seite erfahren, ihre Stimme Herrn Kerl nicht geben.

Man werde deshalb weiche Stellen in die Wahlurne tun. Diese Spitze des Zentrums war aber trotz ihrer (fast) formalen Umhüllung doch in Wirklichkeit ein Kompromiß, zu dem sich das Zentrum entschließen sollte, um die Vertagung der Reichspräsidentenwahl zu ermöglichen. Da das Zentrum Stimmhaltung ausübte, handelte der Reichspräsident Kerl mit den Stimmen der Reichsparteien nicht mehr im Wege. Nach einem öffentlichen Wahlkampf der Kommunisten gegen die Wahl des Reichspräsidenten Kerl ohne Zwischenfälle über die Bühne. Das Ergebnis wurde von den Nationalsozialisten, bei denen sich

heute viele braun- und schwarzuniformierte SA- und SS-Männer befanden, mit feindlichen Reaktionen, von den Kommunisten mit Vorwürfen entgegnet. Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten gab es dann eine kleine unangenehme Nebenwirkung für das Zentrum.

Die Nationalsozialisten, welche mit Weichem verhandelnd, erklärten nämlich, daß sie gegen den Sozialdemokraten Wittmoos, der als Kandidat der zweitbesten Fraktion nach parlamentarischer Ansicht auf ihren Vollen Anspruch hatte, Stimmen würden, zugleich präsentierten sie den Deutschnationalen von Kries als Kandidaten, der dann auch in der Stichwahl durchs Ziel ging, also der Kandidat des Zentrums, Baumholf, logischerweise ein herunterkam und nunmehr der zweiten Vizepräsidentenposten erhielt.

Baumholf behielt sich die Entscheidung über die Ausnahme und Wahl vor. Dieser Protest richtete sich gegen die Ausschaltung der Sozialdemokraten vom Präsidium. Wie wir hören, will Abg. Baumholf die Ausnahme des ihm angetragenen Amtes ablehnen.

Die Sitzung fand ein sehr bewegtes Ende. Auf eine Anregung der Deutschnationalen, die Reichspräsidentenwahl auf die heutige Tagesordnung zu setzen, erwiderte der Nationalsozialist Haake mit Schärfe. Die Nationalsozialisten seien zur vollen Verantwortung bereit, aber nur in einem Kabinett, das sie bestimmen. Im übrigen hätte sie die Zeit, um bis zum 31. Juli zu warten.

Auch am Gesetzlich

In einem kurzen Auseinanderreden schien es zu kommen, als habe dann, von dem Nationalisten Pflüger, auf die Berliner Umtriebe hinwies und dem Reichspräsidenten Gaus, der sich im Laufe der Sitzung, hat seine Pflicht zu tun. Gaus' Erwähnen am Redepult rief für sich einen Widerspruch bei den Nationalsozialisten hervor, die von ihren Führern nur mahlen in der Gewalt gehalten werden konnten, zumal auch Graf Helldorf als Führer der Berliner SA in allem Schmutz seiner Uniform in die Debatte eintrat. Am Ende aber erlosch die Erregung ab und man vertrat sich auf heute. Vorher wurde die zweite und dritte Lesung des Amnestiegesetzes erledigt, über die am Freitag endgültig abgestimmt werden soll.

Nur, so hören wir, den örtlichen Polizeibehörden soll das Recht eingeräumt werden, die Verbote mit zeitlicher Beschränkung wieder einzuführen, wenn es sich um eine effektive Gefährdung der öffentlichen Sicherheit handelt. Wie wir noch ergänzend erfahren, hat

nach dem Reichsinnenminister Herr Sebering

geprochen. Der hat im besonderen auf die Ereignisse der letzten Tage und auf die heutigen Zusammenhänge in Köln hingewiesen und erklärt, daß Demonstrationenverbot lediglich in dem schon bei früheren Wahlen üblichen Umfang, d. h. von Fall zu Fall, werden zu können.

Wie urteilt die Berliner Presse?

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 23. Juni.

Die Antwort der Landesregierungen, insbesondere der Bayerns und Badens, auf die Vorschläge des Reichsinnenministers, wird für Ende der Woche erwartet. Die D.N.S. resümiert bezeichnend, daß Herr von Gaus einen „ultimativen Druck“ auf die Innenminister nicht ausgeübt habe, und daß der „Hörsen-Comité“ meint, daß alle die Drohungen, die man dem Innenminister zumutet, all die grundsätzlichen Widerstandreden, die man von den Landesministern vorzutragen, unterlassen sind.

Wir glauben zu der etwas spekulativen Auffassung Grund zu haben, daß dieses Urteil sich nicht nur auf die äußere Form beziehen würde, in der die Tatsachen abliefe. Daß, so gesehen, eine offene Konfrontation mit dem Reich, die süddeutschen Länder nicht erfolgt ist, hat nach gestern in Kreisen, die Herrn von Gaus neubelehren, zu bezeugen man sich beiläufig. Es sei, so erklärt man, um eine allgemeine und grund-

heren Wahlen üblichen Umfang, d. h. von Fall zu Fall, werden zu können.

Nach ihm haben die Innenminister Bayerns und Badens wie der württembergische Staatspräsident einhellig zum Ausdruck gebracht, daß sie in keiner Weise die polizeilichen Hoheitsrechte der Länder würden antasten lassen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Lage liegt einzig und allein bei der Reichsregierung.

Herr von Gaus hat in seiner Erwiderung zu versichern gegeben, daß die Reichsregierung von ihrem Kurs nicht abzuweichen gedenke.

Die tägliche Erörterung genommen, der der, abgesehen von den nationalsozialistisch regierten Ländern, Braunschweig, Anhalt und Oldenburg, eigentlich von allen Seiten Widerspruch und Einwände erhoben wurden. In Wahrheit sind doch aber Bayern und Baden vor eine sehr klare und sehr harte Alternative gestellt worden.

Die „Deutsche Zeitung“ ist allerdings auch jetzt mit Herrn von Gaus, der doch keinen ursprünglichen Standpunkt darstellt in Sinne der nationalsozialistischen Forderungen resümiert hat, noch nicht zufrieden und schreibt:

„Das deutsche Volk, die große Nationalbewegung, deren Kraft die Regierung Bayern und Gaus in die deutsche Entwicklung einschalten will, leben heute nur die Gefahr, daß der Reichsinnenminister gegenüber dem Treiben der süddeutschen Regierungen nicht durchgegriffen hat... Herr von Gaus hat, wie man so sagt, den Widerstandigen eine „Chance“ gegeben.“

Das amtliche Kommuniqué

- Berlin, 23. Juni.

Im Reichsministerium des Innern trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausstellungen vom 14. Juni 32. 33. unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers des Innern, Herr von Gaus, zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Landesregierungen die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in nächster Zeit gemeldet.

Der erste Widerhall aus Bayern

Redaktion des Volkswortes

- Berlin, 23. Juni.

Das Ergebnis der Berliner Innenministerkonferenz demerkt die Bayerische Volkspartei, korrespondenz u. a.:

„Die Reichsregierung scheint gefonnen zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 für ein Reichsrecht zu schaffen, das das Landrecht außer Kraft setzt. Man möchte sich nach dem Ergebnis der Landeskonferenz auf einen schweren Eingriff der Reichsregierung in die Landesrechte gefast machen. Damit übernehme die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr voraussichtlich keinen Rufmord in der deutschen Geschichte einbringen werde. Die Folgen es offen heraus, daß es eigentlich unverantwortlich ist, in dieser Zeit den Ländern, die bewußt antirevolutionär und im guten Sinne des Wortes konservativ eingestellt sind, die Möglichkeit zu nehmen, Zellen der Ordnung und der politischen Erneuerung in Deutschland zu bilden. Es dünkt uns ganz selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage ist, der politischen Auffassung der Reichsregierung über irgendwelche entgegenzukommen. Die Verantwortung für Maßnahmen, die die Reichsregierung politisch für notwendig hält, muß sie ganz allein tragen, aber auch die Verantwortung für alle Folgen, die sich daraus ergeben.“

Die Verhandlungen in Lausanne

- Lausanne, 23. Juni.

Die große Tagung in Genf hat die Lausanner Verhandlungen in den Hintergrund gedrängt. Inzwischen wichtige Besprechungen fanden nicht statt. Tagungen der die deutsche Delegation einige bedeutende Feststellungen gemacht. Sie läßt erkennen, daß die deutsche Delegation bisher noch keinen Entwurf von französischer Seite erhalten habe. Dies beweist, daß

Gerriot noch immer zögert, die Deutschen über den Inhalt des von dem Finanzminister Germain-Martin ausgearbeiteten Plan, über den offiziell auf der französischen Delegation Mitteilung gemacht wurde, in Kenntnis zu setzen.

Ebenso wenig ist bisher von französischer Seite irgendeine Summe genannt worden, die Frankreich als Schlichtungsmittel verliert. Der deutsche Reichsinnenminister erklärte, daß er von dem französischen Finanzminister Germain-Martin ein ausdrückliches Versprechen aller in Unklarheit gestellten Ziffern (Schätzungen von 7 bis 8 Milliarden) erhielt.

Außerdem wird von maßgebender Seite auf wichtige Darlegungen in der deutschen Presse über den Inhalt des deutschen Memorandums hingewiesen. Man betont, daß es sich nicht um ein Memorandum handle, sondern um eine Zusammenfassung der von dem Reichskanzler Papen dem englischen Ministerpräsidenten gemachten Mitteilungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands.

Tabel tel, wie Staatssekretär von Hilson mitteilte, in seiner Rede von einem familiärläppchen die Rede.

Man wäre jedoch bereit, nach einer wirtschaftlichen Entspannung gewisse politische Fragen zu erörtern.

Hoovers Rundgebung für Abrüstung

Amerika fordert Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel und Seereschiffen nach dem Versailles Vertrag

Deutschland sagt: Angenügend

Drastisch unsere eigenen Vertreter
— Genf, 28. Juni.

Die Abrüstungskonferenz, die bereits sechs zu entscheiden drohte, hatte gestern ihren großen Tag. Ganz überraschend war der Hauptausbruch der Konferenz übersehen worden, um eine Vorlesung Hoovers an die Mächte entgegenzunehmen. Die Außenminister Deutschlands, Englands und Italiens und der französische Kriegsminister waren erschienen und die Vertreter der internationalen Presse hatten sich einander, als Präsidenten Henderson die Sitzung eröffnete und dem amerikanischen Kommissionsmitglied Gibson das Wort erteilte.

Vorschafter Gibson

Begann seine Rede mit der Mitteilung, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sei, dem Hauptausbruch der Abrüstungskonferenz eine Erklärung zu übermitteln. Der Präsident der Vereinigten Staaten gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Verwirklichung seines Vorschlages als ein Appell an die Völker aufgesetzt werde und zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führe.

Vorschafter Gibson verteilte Johann die Vorkommen Hoovers, die in dem Vorschlag abgefaßt, die gesamten Verträge um ungefähr ein Drittel herabzusetzen.

Hoover betont in seiner Vorkommen, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, wo man kurz entschlossen an eine Herabsetzung der vorhandenen Rüstungsstände, die auf der Welt laie, herabsetzen müsse. Auf diese Weise würde der wichtigste Schritt für eine Erhellung der Weltwirtschaft gehen. Die Abrüstung würde die Vorkommen und das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen ist.

Wenn man die Dauer von zehn Jahren durch Abrüstungsabnahme eine Verkleinerung von wenigstens 10 Milliarden Dollar vermehre, so werde der Ueberfluß des Friedens gestärkt werden.

Die Vorkommen Hoovers zielt nicht nur auf einen allgemeinen Abrüstungsplan. Der von allen Staaten unterzeichnete Kellogg-Pakt bedeutet, daß die Staaten ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungszwecken zu gebrauchen geduldet. Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen würden ein einheitliches Ganzes. Deshalb wählten auch die amerikanischen Vorkommen als ein Ganzes betrachtet werden.

Auf dem Gebiete der Vorkommen steht der Plan Hoovers die vollständige Abschaffung der Land-, Luft- und Seeflotten Rüstungen und der dementsprechenden Artillerie vor. Die Vorkommen soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr soziale Truppen unterhalten dürfen, wie er auch Soldaten der inneren Sicherheit und um einen Angriff abwehren zu können, braucht. Als Grundlage für die Herabsetzung der Vorkommen jeder Staat soll die Seereschiffe genommen werden, die der Versailles Vertrag für Deutschland festlegt. Auf dem Gebiete der Luftflotten wird die vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert. Das die Seereschiffe angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Vorkommen um ein Drittel, der Flugzeugmutterflotte sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der U-Boote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der U-Boote soll in keinem Staat 50.000 Tonnen übersteigen.

Die Vorkommen Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerikanische Plan zu einer starken Herabsetzung der Ausgaben für Rüstungen und Erneuerung der Kriegsschiffe führen würde. Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Weltfrieden beitragen. Es sei ein Wahnsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorkommen einbezogen, um die Völker zu entlasten. Die Rede Gibson wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. In der Debatte, die der zunächst die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs das Wort ergriffen, zeigte sich jedoch, daß die Initiative des Präsidenten Hoover bei den Vorkommensmitgliedern Europas sehr wenig beliebt aufgenommen worden ist. Der englische Außenminister

Sir John Simon

Begann seine Rede mit der charakteristischen Feststellung, daß nicht einseitige Erklärungen eine Lösung des schwierigen Abrüstungsproblems verschaffen können, sondern daß es nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und mit dem Ziele eines für alle Staaten annehmbaren Übereinkommens gelöst werden könne. Der Zweck der Konferenz könne nur durch den guten Willen aller Beteiligten erreicht werden. Nach dieser grundsätzlichen Einleitung erklärte Simon, die englische Delegation würde die amerikanischen Vorkommen in allen seinen Einzelheiten. Sehr bemerkenswert sei der Wunsch, der die Seereschiffe betreffe. Die englische Delegation behaupte, daß die endgültige Stellungnahme sei. Zu der Frage der Luftflotten überredete, erklärte Sir John Simon, daß dieses Problem außerordentlich notwendig sei, weil in Europa nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Luftkraft berücksichtigt werden müsse. Neben die Seereschiffe der Vereinigten Staaten, er wolle nicht, ob die im Hooversplan vorgeschlagenen Methoden die vereinbarten seien und den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Länder Rechnung trügen. Großbritanniens wüßte eine größere Abrüstung auf

diesem Gebiete, als man allgemein annehme. Die heute vorgelegten Vorkommen enthielten keinerlei Maßnahmen für die Verminderung der gegenwärtigen ungeheuren Größe der Vorkommen.

Außenminister Litwinow

über noch Paul-Boncour, dessen Rede wir weiter unten bringen, scharfe Kritik an den Arbeiten der Konferenz, die bisher lediglich akademischen Wert hätten. Nach zehnjähriger Vorbereitung und im fünften Monat der Konferenz wüßte man noch nicht einmal, ob alle Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, wirklich bereit sind, abzurufen und ihre Rüstungen herabzusetzen. Die russische Delegation lehne jede Verantwortung für den Mißerfolg ab, aber sie begrüße die Vorkommen der amerikanischen Delegation.

Vorschafter Rodolff

Der deutsche Hauptdelegierte, erklärte, daß Sowjetrussland in den amerikanischen Vorkommen zahlreiche praktische Gesichtspunkte für eine Abrüstung erblicke. Der deutsche Hauptdelegierte betonte folgende: „Die Initiative des Präsidenten Hoover ist schon deshalb zu begrüßen, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten unternommen wird und weil ferner, wenigstens auf dem Gebiet der effektiven Abrüstung.“

In einer Teilung des deutschen Riveaus des Versailles Vertrags als Ausgangspunkt genommen

wird, und zwar in der Frage der Berechnung der Effektivität für die innere Sicherheit. Es muß aber deutschseits darauf hingewiesen werden, daß

auch die in der amerikanischen Erklärung vorgeschlagenen Lösungen noch weit von den deutschen Wünschen entfernt sind.

Frankreich zerlegt Hoovers Plan

Paul-Boncour lehnt ab und verlangt neue Sicherheiten und Sanktionen

Nach dem Engländer Sir John Simon sprach Paul-Boncour, der französische Kriegsminister. Er erklärte sich in seinen Darlegungen auf nichts anderes als die Herabsetzung der Seereschiffe als dem einzigen Punkt, der der Weltfrieden zu sichern vermag, und der dementsprechenden Artillerie vor. Die Vorkommen soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr soziale Truppen unterhalten dürfen, wie er auch Soldaten der inneren Sicherheit und um einen Angriff abwehren zu können, braucht. Als Grundlage für die Herabsetzung der Vorkommen jeder Staat soll die Seereschiffe genommen werden, die der Versailles Vertrag für Deutschland festlegt. Auf dem Gebiete der Luftflotten wird die vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert. Das die Seereschiffe angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Vorkommen um ein Drittel, der Flugzeugmutterflotte sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der U-Boote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der U-Boote soll in keinem Staat 50.000 Tonnen übersteigen.

Er ging auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Abrüstungspolitik in seiner Rede ein. Seine Verurteilung vor den „sympathischen Wünschen des Präsidenten Hoover“ hatte einen ironischen Ausdruck.

Ablehnung in Paris

Drastisch unsere Pariser Vertreter
V Paris, 28. Juni.

Die Reaktion der französischen Presse auf die Abrüstungsvorschläge Hoovers kann nach der Rede Paul-Boncour keine Überstimmung mehr bezeichnen. Die Ausnahme der sozialistischen Blätter lehnen alle Zeitungen des amerikanischen Ansehens in mehr oder weniger scharfer Form ab. Bezeichnend ist dabei

der neue Hoover-Plan findet in der Berliner Presse eine harte und nachdrückliche Rezension, und es ist im Grunde nur das schmerzliche Wissen um die französische Ungünstigkeit und die trüben Erfolge mit den Pariser Intrigen um das Reparationsproblem, das dieser Witz Hoovers nicht einleuchtend als die befreiende Tat empfunden wird. Eine besorgende und aufrüttelnde Tat könnten nämlich diese Vorkommen aus Washington sein, obgleich sie der deutschen Auffassung in der Abrüstungsfrage und der für uns und dem Versailles Vertrag ergebenden Stellung nicht voll gerecht werden.

Die Erklärungen, die von dieser Vorkommen ausgehen können, so schreibt die „D.M.Z.“, sind für die ganze Welt unübersehbar. Sie ist der Forderung des Vorkommens für Frieden und Wohlstand der Welt, der seit dem Kriege geleistet worden ist und daß sich nicht neben die vor einem Jahr erhaltene Aktion des amerikanischen Präsidenten, die zum Hooververbot geführt hat.

„Seit dem Kollaps der Abrüstungskonferenz“, so erklärt auch die „Berliner“, „ist der deutsche amerikanische Vorkommen das wichtigste und vielleicht auch das schwerwiegendste Ereignis, das zweifellos nicht wie so mancher frühere Vorkommen sein, und das in den Vorkommen verankert ist.“

Der „Vorwärts“ äußert die Befürchtung, daß aus dem neuen Hooverischen Vorkommen „nichts wird“. „Allerdings“, so führt das sozialdemokratische Organ fort, wird sich der amerikanische Präsident nicht so leicht abschlagen lassen, zumal er sein persönliches Verdienst einsetzt hat. Er vertritt aber nicht zu unterschätzende Druckmittel, besonders finanzielle Art. Die Hoffnung der europäischen Länder beruht nicht zuletzt auf einem Einlenken der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage. Durch seinen Vorkommen hat Hoover einen deutschen Blick an die in Konstanz versammelten Staatsmänner senden wollen.

„In ähnlichem Sinne stellt die „Kölnische Zeitung“ fest: „Es ist — darüber ist eine Zustimmung festzustellen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum — die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten über den weiteren Verlauf jeder Diskussion über Reparations- und politische Schulden.“

Vorschafter Rodolff erwähnte insbesondere, daß die Frage der Sicherheit aus für Deutschland von besonderer Bedeutung sei. Je gründlicher die Rüstungsabmachungen seien, umso leichter läge sich das Problem der Gleichberechtigung, deren Schaffung eine der wesentlichen Bedingungen für den Erfolg der Konferenz sei.

Außenminister Grandi

erklärte, er sei von Mussolini ermächtigt worden, mitzuteilen, daß Italien den amerikanischen Plan vollständig annimmt. Diese Annahme gelte ohne jeden Vorbehalt. Grandi stellte fest, daß das amerikanische Projekt zum größten Teil sich mit dem Plan decke, den die italienische Delegation der Abrüstungskonferenz im Monat Februar eingereicht habe. Am Schluß seiner Rede betonte Grandi folgendes:

„Präsident Hoover hat vor einem Jahr durch seinen Moratoriumsvorschlag den Weg zu einer praktischen Lösung der finanziellen Kriegsschulden eröffnet. Heute eröffnet er den Weg zu einer praktischen Lösung der Abrüstung. Italien äußert diesmal ebenso wenig wie vor einem Jahr. Es ärgert heute nicht einen Augenblick. Es hat sich entschieden, gemeinschaftlich mit den amerikanischen Staaten die Abrüstung anzubahnen.“

Nach der Rede Grandis ergriff der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, das Wort und erklärte, daß der amerikanische Vorkommen zum Gegenstand weiterer Diskussionen gemacht werde und die allgemeine Kommission erst nach der Eingangs der stehenden politischen Fragen wieder einberufen werden soll. Die Franzosen sagten nach dieser Sitzung in den Wandelgängen: „Ein Schlag ins Wasser!“

das Unbehagen der sozialistischen Blätter, die mit den sozialistischen Ansichten am meisten sympathisieren. Diese wagen noch nicht offen und eindeutig Stellung zu nehmen. Die übrigen Zeitungen haben für Hoover nur ein lazes „Mannbar“ und bezeichnen dies teils mit der alten traditionellen Auffassung Frankreichs von Abrüstung und Sicherheit, teils mit der Verleumdung des Versprechens eines amerikanischen Präsidenten, der unter der Vorherrschaft des Senats steht. Hoover habe sich auf Kosten des Vorkommens eine billige Wahlparole verschaffen wollen, sagen die Zeitungen geringfügig hinzu.

„Vorkommen“ findet man es, daß die Verleumdung des Vorkommens (so hat einen amerikanischen Delegierten Befehl bezogen konnte. Das Dokument Hoovers stellt eine Enttäuschung für den Vorkommen dar. Man habe gestern den allgemeinen Eindruck, daß gerade die Länder, die die Unruhefächer seien und offen auf eine Revision der Verträge (speziell Italien, ihre Zustimmung zu den amerikanischen Ideen ausdrücken. (Gemeinsam sind damit Deutschland und England.) Die Weltspitze spricht von einem Schwere ins Wasser, den Hoover mit seinem Manifest ausführt habe. Offen und rücksichtslos ergreife nur die Sozialisten durch ihren Führer Leo Blum für Hoover Partei. Mit unserer ganzen Kraft rufen wir, in der Überzeugung, die heftigen Wünsche der Vorkommens zu verteidigen, den Delegierten in Genf zu: „Begeht Euch nicht weiter. Sagt Ja. Sagt Ja ohne Hören.“

Die deutschen Vorbehalte

Drastisch unsere Berliner Vertreter
B Berlin, 28. Juni.

Die „Berliner Morgenpost“ schließlich meint hoffnungsvoll und amerikanisch angelegt: „Vielleicht ein Anfang“. Das alle Blätter aber demgegenüber, daß der Hoover-Plan der deutschen Sonderstellung in seiner Weise gerecht werde. Er müßte dahin erweitert werden, daß endlich die Disarmierung Deutschlands befristet werde.

Das vollständige Volkswort erklärt zu dem Hoover-Vorkommen: Die Initiative des Präsidenten Hoover ist zu begrüßen, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten der Abrüstung unternommen wird und weil ferner wenigstens auf dem Gebiete der Seereschiffe, in einer Teilung, das deutsche Riveaus des Versailles Vertrags als Ausgangspunkt für die Berechnung der für die innere Sicherheit notwendigen Effektivität genommen wird. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß aus die in der amerikanischen Erklärung vorgeschlagenen Lösungen noch weit von den deutschen Forderungen entfernt sind. Deutschseits wird gefordert, daß die Konferenz sich in ihren Beschlüssen über die amerikanischen Vorkommen hinausgehe, insbesondere fordern wir, daß soweit Deutschland in Frage kommt, das Rüstungsabkommen zwischen den Staaten nicht das gleiche bleibt wie bisher, sondern durch die Berücksichtigung der deutschen Forderungen nach höherer Sicherheit abgeändert wird.

Demonstrationsverbot in Dessen

— Darmstadt, 28. Juni.

Der hessische Innenminister hat wegen der in den letzten Tagen in Mainz, Worms und anderen Städten Dessen erfolgten politischen Kundgebungen unter dem 28. Juni aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit sofortiger Wirkung im gesamten Gebiet des Volksstaates Dessen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufmärsche, Umzüge, Durchmärsche und ähnliche Versammlungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, verboten.

Frankreichs Nein

Drastisch unsere eigenen Vertreter
— Genf, 28. Juni.

Der amerikanische Vorkommen zur Land-, See- und Luftflotten ist in der Sitzung der allgemeinen Kommission von Frankreich torpediert worden. England vertritt sich laut abgelehnt, Italien trat offen für die Annahme des amerikanischen Vorkommens ein, Deutschland gleichfalls, doch unter dem Vorbehalt, daß die deutschen Vorkommen auf qualitative Rüstungsabgleichung weitergehen als die amerikanischen. Daraus ergibt sich, daß die durch den amerikanischen Vertreter hierher übermittelten Vorkommen des Präsidenten Hoover das gleiche Schicksal erleiden werden wie eine Reihe anderer im Verlauf der Abrüstungskonferenz zu beabsichtigten, nämlich eine Zurückweisung im Falle langwieriger Verhandlungen. Schon heute kann gesagt werden, daß von den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen nicht viel übrig bleiben wird.

Das ist das Ergebnis einer der wichtigsten Sitzungen der Abrüstungskonferenz. Es ist kein Wunder, daß die hier tätigen amerikanischen Delegierten tief enttäuscht sind über die Behandlung der Hoover-Vorkommen an die Abrüstungskonferenz. Sie sind umso mehr enttäuscht, als die Engländer ihren in keiner Weise entgegenkommen sind, wenn man von einigen platonischen Sympathieäußerungen absieht. Umso mehr ist man die Stellungnahme der Hoover-Vorkommen an die Abrüstungskonferenz. Sie sind umso mehr enttäuscht, als die Engländer ihren in keiner Weise entgegenkommen sind, wenn man von einigen platonischen Sympathieäußerungen absieht. Umso mehr ist man die Stellungnahme der Hoover-Vorkommen an die Abrüstungskonferenz. Sie sind umso mehr enttäuscht, als die Engländer ihren in keiner Weise entgegenkommen sind, wenn man von einigen platonischen Sympathieäußerungen absieht.

Der ganze Geist der Amerikaner entläßt sich jedoch gegen Frankreich, dessen Kriegsminister Paul-Boncour gestern in einer geradezu ironischen Art und Weise noch einmal mit den alten französischen Rüstungsplänen im Rahmen der Sicherheit vor der Versammlung erschien. Diese Rundgebung Paul-Boncour bezeichnet einen französischen Wendepunkt in der Abrüstungskonferenz. Sie liefert das unüberlegte Zeugnis, daß Frankreich nicht bereit ist, eine effektive Abrüstung zu billigen, daß es noch einmal Souverän gegen den sogenannten Angreifer (und in den bestehenden Verträgen von Vorkommen sowie dem Kellogg-Pakt keine wesentlichen Garantien erblickt. Damit ist praktisch der unzulässige Plan des amerikanischen Präsidenten schon zu Fall gebracht.

Ueber die Ereignisse vor und in der Sitzung der allgemeinen Abrüstungskommission läßt sich nicht mehr folgendes berichten: Die von dem amerikanischen Delegierten Gibson verlangte sofortige Einberufung der allgemeinen Kommission erregte den Zorn der Franzosen, den offenen Beifall der Engländer und Italiener und die herliche Zustimmung der Deutschen. Gibson ließ sich in seiner Rede eine ernste Mahnung der Washingtoner Regierung geben, weil er in seinen Vorkommen mit dem Ziel der Abrüstung nicht, Amerika würde zur Schuldenerlösung freier sein, falls Frankreich den amerikanischen Abrüstungsvorschlag unterzeichnete. So meinte man es wahrscheinlich in Washington nicht. Der amerikanische Delegierte handelte entsprechend den ihm ausgegangenen Instruktionen des Staatssekretärs Stimson, aber, wie es scheint, nicht infolgedessen denen der Auffassung des Präsidenten Hoover.

Gibson brachte bereits gestern den Vorkommen Hoovers zur Kenntnis der deutschen Delegation sowie der englischen und italienischen. Das die Sitzung der allgemeinen Kommission einen enormen Aufbruch aller Delegierten und der Weltspitze hervorrief, läßt sich verstehen. Der Sitzungsjahr war zum Brechen voll. Am ersten Mal hat man den deutschen Reichsaußenminister von Neurath, der viele ihm bekannte englische und italienische Delegierte begrüßte. Auch Stimson erschien wieder und bekräftigte sich, daß man ihn in schwierigen Blättern als unerwünschten Gast beschäme. Die Sitzung begann mit der Mitteilung Hendersons, daß nach vor der Regelung der politischen Fragen die allgemeine Kommission einberufen werden müßte und zwar auf Grund des amerikanischen Vorkommens. Dann erließen sämtlich erregt der gesamte amerikanischen Delegierten Gibson. Er verlor den Ruf nach Hoovers an die Vorkommen wie ein trotzendes Pferd und beendete die Sitzung durch seinen Witzwort, aber auch der beste Redner der Welt und die größte Verehrer waren an Frankreichs Starrsinn und diesem Willen gescheit.

Letzte Meldungen

Die Ausschreitungen an der Frankfurter Universität

— Frankfurt a. M., 28. Juni. In den Ausschreitungen an der Frankfurter Universität gibt der Rektor der Universität, Professor Madelung, eine Erklärung ab, in der er u. a. feststellt, daß die ganze Bewegung nicht von Studenten der Universität ausgeht, sondern daß außerhalb der Universität stehende Elemente die Eindringenden gewesen seien.

Goldbarren vom Seereschiff

V Paris, 28. Juni. Nach einer Meldung aus Dreß ist es den Tiefseefischern des italienischen Ozeanbootes „Artiglio“ gelungen, zum ersten Male Goldbarren aus dem Innern des Meeres zu entnehmen. Die drei U-Boote waren bereits in Dreß bei früheren Vorkommen an die Oberfläche befördert, bei einem Wert von rund 30 Millionen Franken berichtet. Im Innern sind Goldbarren im Wert von 10 Millionen Franken mit der „Gyp“ in die Tiefe gesunken.

Erdbeben in Mexiko

— Mexiko, 28. Juni. Ein Erdbeben und eine Flutwelle richteten in der Stadt Cuapalan (Provinz Oaxaca, pazifische Küste) beträchtlichen Schaden an. Der Naturforschungsverein Mexiko und Mexikanern zum Opfer, deren Zahl noch nicht feststeht.

Standrecht in Chile

— Santiago, 28. Juni. In Chile ist nunmehr das Standrecht verhängt worden. Das Verbot der Versammlungen ab 10 Uhr abends ist verhängt. Durch Chile wird der Kommunisten für verächtlich erklärt. Jegliche kommunistische Versammlungen sind mit strengen Strafen bestraft. Der Reichspräsident der Diktator erklärt, daß die Aufständischen den Flugplatz von Santiago zu fürchten verurteilt haben, aber zurückgeschlagen worden seien.

Aus Baden

Die kritische Lage der Krankenkassen

Heidelberg, 27. Juni. Im Geschäftsbericht der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen wird ausgeführt, daß die Lage der Krankenkassen...

Angler ertranken

27. Juni. Beim Angeln hat am Sonntag auf der städtischen Seite die Anglergesellschaft wieder begonnen...

Erstklassig Conrad heißt die Arbeitslosen

Freiburg i. Br., 27. Juni. Aus Anlaß seiner Jubiläumfeier hat der Erbschloß Dr. Conrad...

Ein mütterlicher Vorfall

Konstanz, 27. Juni. Der 37 Jahre alte Badermeister Josef Traubentrant aus Ruten (Rheinland)...

Einzeldingen (Amt Vörsch), 27. Juni. Der vermittelnde Landwirt Hermann Wenz hat sich am Sonntag nachmittags zu Hause erkrankt...

Sitten und Gebräuche an Johanni

Die in unserm Lande noch allenthalben verbreiteten Johannisfeiern legen sich am folgenden drei Geländestücken zusammen...

Im Mittelpunkt der eigentlichen Feier steht das Johannisfeuer. Es wird zum Teil am Abend des 24. Juni auf Äckern angezündet...

Die Mädchen und Mädchen tanzen, oft paarweise, durch das Feuer hindurch, mancherorts brennende Besen schwingend...

Dabei können sie nach dem Volksglauben die Zeit der Hochzeit voranschicken. Bei Kahlst. berichtet der Glaube, daß das Springen durch das Feuer...

In der allgermanischen Zeit wollte man mit diesem Feuer und dem dadurch verursachten Rauch die bösen Dämonen vertreiben...

Stadt Mannheim, Am 24. Juni des Jahres 1894 sprach der berühmte Heidelberger Mediziner Adolf Kuhn...

Neben dem Feuer wird am Johanni gewissen Pflanzen, die jetzt im Vollblut stehen und sich im Vollblüte oder zur Blütezeit am meisten belohnt eignen...

Schwarzer Kimmel, Heide und Wundkraut verstreut den Teufel mit samt seiner Braut...

Womit mag offenbar die zum Teufel gehempelte Heide Kraut und ihren Gemahl meint. Auch pflegt man am Johannisfest gern Weizen...

Die hier der Johannisfest ein Glückwünsche ist, aller anderenorts als Unglückwünsche. Dies findet man namentlich in der Gegend von Bruchsal...

In Schellbronn verkleiden sich am Johannisfest drei lebige Mädchen in einem goldenen Kleid als Johannes der Täufer, Heide und Herold...

Der am Tage Johannis des Evangelisten (17. Dezember) berechnete Weddersteinbrunn wird auch am Johannisfest (24. Juni) dem Heide Johannes des Täufers, genossen...

Aus der Pfalz

Konzert zur Bräudenweih

Landwilsbühl, 27. Juni. Den dankverdienenden Land an dem Ludwigsbühl mit der Sommerstadt Mannheim durch den doppelten Schienenstrang über die neue Rheinbrücke verbunden...

Bestattung von Oberinspektor Mithaler

Landwilsbühl, 27. Juni. Der am 18. d. verstorbenen Oberinspektor Mithaler wurde gestern von einer hiesigen Trauerverammlung zur letzten Ruhe im Mannheimer Krematorium geleitet...

Häckerleben in der Menach

Frankenthal, 27. Juni. An dem Bräudenübergang am Speyerer Tor wurden in den letzten Tagen große Mengen toter Fische angetrieben...

Schwerer Eisenbahnunfall

Oberrhein, 27. Juni. In der vergangenen Nacht wurde in der Pfalz ein Eisenbahnunfall verübt. Unbekannte Täter brachten durch ein kleines Verrückter in der Wohnung des Obersekretärs Kroll ein...

Todes-Anzeige: Tieferschütternd bringen wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel Johann Ulrich Luz...

Geschwollene Füße: Im gleichen Augenblick, in dem Sie Ihre durch Überanstrengung schmerzhaften, angeschwollenen und brennenden Füße in ein Bad 'Saltrat Rodell' tauchen...

Verkäufe: Bek. altes Radio-, Piano- u. Musikgeschäft, Mahagoni-Wohnzimmer, Schlietzimmer, Ganz billig, Fahrräder, 350 ccm Spiegel- Maschine, Kasperl, Büromöbel, Kinderkistenwagen, Kinderklappwagen.

Erdbeer-Marmelade Rezept: 8 1/2 Pfund Erdbeeren und 8 1/2 Pfund Zucker (hoch lignosulfur weniger) ohne Wasser zum Kochen bringen...

Amtl. Veröffentlichungen der Stadt Mannheim: Zwangsversteigerung, Zwangsversteigerung, Zwangsversteigerung, Zwangsversteigerung.

Saltrat Rodell das Sauerstoff-Fußbad: Ein einziges, in allen einschlägigen Verichten zu haben. Der Preis ist geringfügig.

NUR NOCH 27 1/2: Holländerin BUTTERMILCHSEIFE: Ein einziges, in allen einschlägigen Verichten zu haben.

Ihre Photo-Arbeiten: werden schnell u. sorgfältig angefertigt. Kopien auf Agfa-Hochglanzpapier, Platin, Filin, Leder, haben. Zentrale Billig.

Deutsche Luft Hansa

Sechsjähriges Beihilfeprogramm gefordert

Die D.L.H. genehmigt den diesjährigen Haushalt für 1932. Wichtige Punkte sind die Fortführung der Expansion...

Der Haushalt des Jahres 1932 beträgt 100,000,000 M. und liegt unterhalb des Beihilfeprogramms...

Die Ausschüsse für das Geschäftsjahr 1932 werden mehr durch die Ausbreitung in der Wirtschaft...

Stand der Deutschen Bank vom 15. Juni. Bilanz: Guthaben 4.200.000.000 M., Verbindlichkeiten 3.800.000.000 M.

Ritter AG. Durlach

6 (6) vH. Dividende

Die mit 1.000.000 M. RM. erhaltene Dividende, die ausschüttbare Dividende...

Stand der Bilanz (in M.): Aktiv- und Passivposten...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1931...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1930...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1929...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1928...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1927...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1926...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1925...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1924...

Ergebnisrechnung der Ritter AG. für das Geschäftsjahr 1923...

Umschuldung durch Stillhaltegeder

Schwierigkeiten des Verfahrens

Die Möglichkeit einer Umleitung von Stillhaltegeldern ist vor einiger Zeit mit einem Dekretum bewirkt worden...

Inzwischen haben sich auf Grund der Verhandlungen mit der Reichsbank die Möglichkeiten für die einseitige Behandlung...

Gründung des belgischen Kunstseideindustries

Die belgische Kunstseideindustrie wird durch die Gründung der belgischen Kunstseideindustrie...

Aku-Bilanz genehmigt

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1931 und 1930 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1929 und 1928 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1927 und 1926 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1925 und 1924 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1923 und 1922 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1921 und 1920 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1919 und 1918 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1917 und 1916 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1915 und 1914 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1913 und 1912 ist genehmigt...

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für die Jahre 1911 und 1910 ist genehmigt...

von ihr an den ausländischen Gläubiger und dem ihr von dem ausländischen Schuldner zu zahlenden Betrag...

Die Schwierigkeiten entstehen bei den Umschuldungsverhandlungen...

Schwierigkeiten entstehen bei den Umschuldungsverhandlungen...

Opposition bei Adler-Zement

In der AG der Adler Zementwerke in Berlin ist eine Opposition...

Die Opposition bei Adler-Zement...

Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei AG.

Neuer Verlustabschluss nach Sanierung

Der Verlustabschluss für 1931 beträgt 100,000,000 M. und liegt unterhalb des Beihilfeprogramms...

Die Ausschüsse für das Geschäftsjahr 1932 werden mehr durch die Ausbreitung in der Wirtschaft...

Die Ausschüsse für das Geschäftsjahr 1932 werden mehr durch die Ausbreitung in der Wirtschaft...

Vergleichsverfahren und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim

Die Vergleichsverfahren und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim...

Nachfrage am süddeutschen Tabakmarkt

Nach 1931er Inlands-Tabak / Günsige Fermentationsfortschritte / Gufer Segling-Stand

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Nachfrage nach der 1931er Inlands-Tabak hat sich erheblich gesteigert...

Die Ausschreitungen in Mörfelden vor Gericht

* Darmstadt, 21. Juni.

Das Bezirkshofengericht verhandelte gestern gegen elf Mörfelder Kommunisten wegen der beschriebenen Ausschreitungen...

Der Vorsitzende Richter verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten...

Die Angeklagten sind im Gefängnis in Darmstadt untergebracht...

und Landfriedensbruchs (er hatte die Gassen geblutet) sechs Monate Gefängnis...

Antisemitische Vorfälle

Der Maler Ernst G., geb. 1912, brach in seinem Logis den Kleiderkasten auf und entwendete...

Antisemitische Vorfälle, die in Jassadenleitet... Das Kreuznach, 23. Juni. Ein Jassadenleitet...

Kommunale Chronik

Hilfe für die Gemeinden

Der Bayerische Städtebund teilt mit: Die Rotterordnung vom 14. Juni bringt für das Rechnungsjahr 1933 die Neuregelung der Reichshilfe...

Die Lösung dieser innerbayerischen Frage muß nunmehr von der Staatsregierung und vom Landtag...

ten ist. Eine außerordentliche Reichshilfe ist demnach von Reichswegen nicht mehr gebildet...

35 Jahre Bürgermeister von Bretten

Dieser Tage feierte Bürgermeister Otto Schömann sein 35jähriges Jubiläum als Bürgermeister der Stadt Bretten...

Kleine Mitteilungen

Der Gesundheitsrat Meditzin genehmigt den Beschlusstag 1933 in unmittelbarer Abstimmung...

Gute Arbeitskräfte - 8 Tage lang - Rottweiler Möbelfabrik

Miet-Gesuche - 3-4 Zimmer-Wohnung - Vermietungen

GOUDAKASE - 30% pfd. 50 - Trocken-Eis - KANDER

Offene Stellen - Lebensexistenz - Eisenhändler

Stellen-Gesuche - 3-4 Büroräume - Laden

Vermietungen - 3 Zimmer-Wohnung - 2 große Zimmer u. Küche

Stellen-Gesuche - Elektriker - Jg. gesunde Schwägerin

Neubauwohnungen in der Oststadt - 3 Zimmer, Küche, Bad - 6-7 Zimmerwohnung

